

# Kanton rüffelt Fluri wegen Budgetpraxis

## Gemeindeversammlung Volkswirtschaftsdepartement heisst Beschwerden gegen Versammlungsführung gut

VON ANDREAS KAUFMANN

Wer hat in Budgetfragen das letzte Wort – der Gemeinderat oder die Stimmbürger? Diese Frage stellte sich im Nachgang der Gemeindeversammlung vom 18. Dezember 2018. Und zwischenzeitlich befasste sich sogar das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons mit dem Thema.

Was war passiert? Im Rahmen der Budgetdebatte der Gemeindeversammlung waren zu mehreren Positionen Anträge gestellt worden. Unter der Rubrik «Hilfsaktionen im Ausland» sollte der Betrag von jährlich 30 000 Franken angesichts weltweiter humanitärer Katastrophen einmalig auf 250 000 Franken aufgestockt werden – so die Forderung von Franziska Roth (SP). Sie hatte vorgängig im Gemeinderat unter derselben Rubrik einen Antrag gestellt. Unter der Position «Wirtschafts- und Standortförderung» hatte Reiner Bernath (SP) wiederholt beantragt, den Beitrag von 21 000 Franken zugunsten des Flugplatzes Grenchen zu streichen. Über beide Anträge wollte Stadtpräsident Kurt Fluri nicht abstimmen lassen. In beiden Fällen wurde dagegen vor Ort Beschwerden erhoben, die aber beide Male von den Stimmbürgern abgelehnt wurden.

### Ausgehebelte Kompetenzen

Fluri begründete seine Haltung mit der Gemeindeordnung: Erst ab einmaligen Ausgaben über 1,2 Mio. Franken kann die Gemeindeversammlung Gelder sprechen, ein Betrag darunter liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Nun sei zum wiederholten Mal die Thematik der Übersteuerung des Gemeinderates durch

ein Mitglied desselben aufs Tapet gebracht worden, gab Fluri damals seiner Verärgerung Ausdruck.

### Überparteilicher Widerstand

Die Argumentation: So würden Budgetbeschlüsse des Gemeinderates, die in seine finanzielle Kompetenz fallen, in der Gemeindeversammlung ausgehebelt – durch Stimmbürger oder unterlegene Gemeinderäte selbst. Doch mit Rücksicht auf eine klare Kompetenzordnung hat dann doch der Gemeinderat das letzte Wort: Dieser könne im Nachgang selber entscheiden, ob er einen Betrag bis zur Obergrenze seiner Finanzkompetenzen ausgeben will oder nicht. Per definitionem ist ein Budgetkredit eine Ermächtigung, die Erfolgsrechnung einer Gemeinde bis zu einer festgelegten Höhe zu belasten. Aber auch der umgekehrte Fall sei möglich: Der Gemeinderat kann an der Gemeindeversammlung gestrichene Budgetposten in Form von Nachtragkrediten wieder einbringen – wider den Willen der Gemeindeversammlung.

Wenig Gehör für Fluris Argumente hatten vier Gemeinderäte: So reichten Franziska Roth (SP), Urs Unterlerchner (FDP), Claudio Hug (GLP) und Christof Schauwecker (Grüne) Beschwerde gegen die Stadt ein. Vor wenigen Tagen entschied das Volkswirtschaftsdepartement: Entgegen der Haltung des Stadtpräsidenten

**«Da wird der eine oder andere sich fragen, weshalb er noch an die Gemeindeversammlung kommen soll.»**

Kurt Fluri Stadtpräsident

hätte die Gemeindeversammlung über beide Anträge abstimmen müssen – die von den Gemeinderäten eingereichten Beschwerden gelten damit als begründet und teilweise gutgeheissen. Aber nur teilweise – weil es keine Rechtsgrundlage gebe, aufgrund derer das Volkswirtschaftsdepartement dem Stadtpräsidenten unmittelbar irgendwelche verbindliche Weisungen für die Zukunft erteilen könne.

«Dass hinter der Beschwerde Gemeinderäte stehen – darüber kann ich nur den Kopf schütteln», kommentiert Fluri auf Anfrage und verweist auf Bestreben in der Vergangenheit, die Kompetenzen des Gemeinderats zu stärken. Gleichzeitig werde die Gemeindeversammlung vom Entscheidorgan zum Konsultativgremium degradiert. «Da wird der eine oder andere sich fragen, weshalb er noch an die Gemeindeversammlung kommen soll», so Fluri. All dies zeuge von einem «merkwürdigen staatspolitischen Verständnis», richtet sich seine Kritik auch an den Kanton.

### Es zählt die Entscheidökonomie

Denn: Von Juli 2018 liegt auch ein Briefwechsel vor. Claudio Hug hatte aufgrund vormaliger ähnlicher Fälle bereits beim Amt für Gemeinden nachgefragt. In der Beantwortung hatte Amtschef André Grolimund darauf hingewiesen, dass es laut Fluri der Entscheidökonomie diene, keine Entscheide zu fällen, über die sich nachher die eigentlich zuständige Behörde,

also der Gemeinderat wieder hinsetzen könne. Dies so zu handhaben, sei Fluris «gutes Recht als Verhandlungsleiter, und das entspricht im Übrigen auch der langjährigen politischen Kultur der Stadt Solothurn.» Seitens des Stadtpräsidiums ist man nun über diesen «Gesinnungswandel» beim Kanton irritiert. «Nach dem Schreiben von vergangenen Juli war ich der Meinung, an der Gemeindeversammlung mit meiner Praxis richtig gehandelt zu haben», sagt Fluri. «Umso überraschter bin ich über die unterschiedlichen Auffassungen des Amts für Gemeinden und des Volkswirtschaftsdepartements.»

### Weitreichende Konsequenzen

Aufheben wird das Volksdepartement die Beschlüsse zwar nicht. Doch für die Zukunft befürchtet das Stadtpräsidium weitreichende Konsequenzen: dass Budgetgeschäfte in der Kompetenz des Gemeinderats oder der Gemeinderatskommission in der Gemeindeversammlung abermals zur Diskussion gebracht werden. «Diese Geschäfte müssten nochmals im Gemeinderat traktandiert und mittels Nachtragskredit genehmigt oder abgelehnt werden. Bis dahin ist das Geschäft blockiert», so Fluri. «Nach unserer Ansicht schwächt diese neue Verhandlungsregel vor allem die Kompetenz der Exekutive, schadet aber auch der Glaubwürdigkeit der Gemeindeversammlung, die nun Entscheide fällen kann, die dann doch nicht so umgesetzt werden.»

Gegen die Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements kann eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht werden.

«HILFSAKTIONEN IM AUSLAND»

## Kanton moniert weitere formelle Fehler

Ebenfalls Bestandteil der Beschwerde von Franziska Roth, Urs Unterlerchner, Claudio Hug und Christof Schauwecker war ein weiterer Budgetantrag der Gemeindeversammlung im Dezember 2018. Neben dem Anliegen, das Budget für «Hilfsaktionen im Ausland» einmalig von 30 000 auf 250 000

Franken aufzustocken, wurde der gleiche Antrag gestellt, den Betrag wiederkehrend auf 250 000 Franken zu erhöhen. Über diesen wollte Stadtpräsident Kurt Fluri abstimmen lassen – weil er im Gegensatz zu einmaligen Ausgaben laut Gemeindeordnung in die Budgetkompetenz der Gemeindeversammlung fällt. Das Volkswirtschaftsdepartement hielt in seinem

Entscheid fest, dass die Gemeindeversammlung über diesen Antrag nicht hätte abstimmen dürfen. So könne sie nur dann über ein Geschäft einen Beschluss fällen, wenn der Gemeinderat ihn vorberaten hat, dazu einen Antrag stellt und das Geschäft traktandiert werde. (AK)

# Es ist Märet – auch wenn es stürmt und schneit

**Monatsmarkt** Die Wetteraussichten waren trist, und sie stimmten auch: Das mussten die wenigen Marktleute erfahren, die sich nicht vom Märet-Besuch abhalten liessen. Einige Stände wurden denn auch regelrecht vom Winde verweht.

VON WOLFGANG WAGMANN (TEXT UND FOTOS)

«Ja letzte Woche gab es viele Absagen aufgrund der Wetterprognosen», räumt Fritz Jenzer ein. Der Dienstchef Markt der Stadtpolizei kennt die Schwankungen der Monats- und Wochenmärkte aus Erfahrung. Diesmal sind die Reihen der Stände arg gelichtet, einige stehen leer und unbenutzt am Gassenrad, andere hat der Werkhof am Klosterplatz gar nicht erst abgeladen. «Diejenigen, die sonst immer kommen und es sich nicht mit uns verschmerzen wollen, melden sich ab.» Weniger regelmässige Marktfahrer bleiben einfach fern, und diesmal hätte es reichlich Platz für Kurzentschlossene gehabt. Wobei die Bedingungen extrem schlecht waren – im Mittagsschneesturm wurden einige Standdächer umgeweht. Und an einem Stand ging auch reichlich Porzellan in Brüche.

Normalerweise sind die Märkte im Januar und Februar am schlechtesten besucht. «Im Februar 2018 hatten wir nur gerade 42 Stände am Monatsmarkt. Im April waren es dagegen dann gleich 127», verweist Jenzer auf die letztjährige Rekordmarke. «Und dann müssen wir sogar 20 bis 30 Interessierte abweisen.»

### Wenn Sandra Boner orakelt ...

Doch diesmal ist alles ganz anders. Am Klosterplatz stehen nur gerade vier Stände. «Bei ganz wenig Nachfrage lassen wir den Platz auch frei. Und im Winter beschränken wir den Mittwochsmarkt nur auf die Gurzelgasse und den Märetplatz, damit die Hauptgasse durchgehend befahrbar bleibt», erklärt Fritz Jenzer.

Einer der «Eisernen» auf dem Klosterplatz ist Kurt Künzli aus Biberist. Er hat sogar zu tun. Zwei Damen wollen Italo-



Solche Märetstand-Bedachungen waren extrem exponiert – und ihre Besitzer entsprechend gefordert.



**«Meine Liebste wollte mich daheim lassen.»**

Josef Brandl  
Marktfahrer

radebrechend eine seiner Kakteen erstehen. «Macht zehn Franken. Und die Tasche gibts gratis dazu», lacht der gestandene Marktfahrer. Bis vor einem Jahr habe er noch Blumenkistli für «Balkonien» im Angebot gehabt, jetzt pflegt Künzli den Ausverkauf seiner Stachelpflanzen. Dazu bietet er Glaswaren und sonstiges Allerlei an – darunter bunte Socken und Pulswärmer, die seine Frau Ruth gestrickt hat. «Aber aus dem Märet macht sie sich nichts.»

Der Biberister Marktfahrer dagegen genießt die Standpräsenz und deshalb hat er auch einen fixen Platz auf dem Klosterplatz reservieren lassen. «Die Leute wollen wissen, wo ich zu finden bin.» Das Wetter? Na ja. «Dr Märet isch duss!» Letztes Jahr sei praktisch jeder Markttag «tipptopp» gewesen. Und wenn Verhältnisse wie gestern herrschen, hat der 74-jährige Routi-

nier vorgesorgt. Die Dachstangen sind mit Seilen an Betonklötzen auf dem Platzpflaster festgezurrt. An jeder Ecke einer, wie sich das gehört. «Einmal hatte ich zwei Klötze vergessen. Und prompt ist mir das Dach um die Ohren geflogen.» Kurt Künzli hat auch eine ganz eigene Märet-Wetterprognose aufgestellt: «Immer wenn sie am Freitag unsere Wetterfee Sandra Boner auftreten lassen, ist der Montag schlecht!»

### Überwintern in Spanien

Oben in der Gurzelgasse stehen die Marktstände dichter – aber auch hier sind die Lücken unübersehbar. In seinem geräumigen Verkaufswagen hält Josef Brandl, seine Teespezialitäten feil. Er ist vor der Unbill der Witterung besser geschützt als die Kolleginnen und Kollegen in ihren offenen Ständen. «Meine Liebste wollte mich

daheim lassen», flachst der in Ittigen ansässige Marktfahrer mit bayrischen Wurzeln. «Doch sind bereits jetzt vor dem Mittag fünf Stammkunden vorbeigekommen», gibt sich Brandl mit dem Geschäftsverlauf durchaus zufrieden. Solothurn, ja das sei noch der beste der Monatsmärkte, «andere wie in Zofingen oder Olten habe ich aufgegeben. Da schlägst du nicht einmal mehr das Benzin raus.» Hauptsaison sind für ihn die Weihnachtsmärkte, für die er jeweils Tausende von Teeportionen von Hand abpacke. Um dann im Hochwinter kurz zu pausieren. «Diesmal verpasste ich einen Märet, weil wir 14 Tage Ferien in Lissabon machten.» Josef Brandl, der dem Schweizerischen Marktfahrerverband angehört, kennt jedoch Kollegen, die gar gleich zwei Monate Winterpause in Spanien einlegen.

Jetzt fängt richtig zu schneien an. Ein Schatten flitzt vorbei. «Heeh!» ruft ihm der Marktfahrer nach. Brandl nervt sich: «Das wäre eine Aufgabe für die Stadtpolizei. Velofahrer haben hier im Märet nichts zu suchen!»

### Direkter Ansprechpartner

Weit wäre sie nicht, die Polizei. Bei einem Stand am Kronenplatz schlüpfen zwei Uniformierte den von einem Marktfahrer offerierten Tee. Noch immer zieht die Stadtpolizei die Marktgebühren direkt bei den Standinhabern ein. «Ja die Diskussion hatten wir schon. Wer regelmässig den Markt besucht, hätte lieber eine Gesamtrechnung», weiss Fritz Jenzer. Aber man sei beim Einzug am Markt geblieben, «das ermöglicht den direkten Kontakt mit den Marktfahrern und man kann allfällige Probleme gleich vor Ort lösen.» Die Veloflitzei durch den Märet wohl kaum, dafür werden die Standgebühren von den Marktleuten «als sehr human» eingestuft gegenüber anderswo. Einen Fünftel kostet der Laufmeter am Wochenmarkt, eine Zehnernote am Monatsmarkt. Letztmals wurden die Gebühren 2014 leicht erhöht – im Gegenzug konnten die Marktstände von den neuen, versenkbareren Stromanschlüssen profitieren.



Mehr Bilder zum Thema gibts online